

2337/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Albanien-Politik Österreichs

Die österreichische Albanienpolitik hat mit der Berufung Ex-Bundeskanzler Vranitzkys zum Sonderbeauftragten der OSZE einen wichtigen Impuls erhalten. Die in der ersten Phase der Albanien-Krise im März 1997 entstandene Linie eine "militärische Koalition der Willigen" zu bilden, stellt sich heute angesichts der politischen Konflikte vor Ort in neuem Lichte dar. Nichtsdestotrotz wurde die österreichische Truppenentsendung beschlossen.

In der Hauptausschuß-Sitzung aus Anlaß der österreichischen Beteiligung an der Aktion "Alba" vom 22.04. 1997 hat Altkanzler Vranitzky die diplomatischen Aufgaben für Albanien in ihrer Bedeutung hervorgestrichen . Die Unterstützung der Stabilisierung des krisengeschüttelten Landes mit zivilen Mitteln könnte nun angesichts der frühzeitigen Festlegung auf die Entsendung von Soldaten erneut vernachlässigt werden, wie dies auch bereits in Bosnien-Herzegowina zu beobachten war.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Hatten Sie im vergangenen Monat Kontakt mit dem albanischen Präsidenten Berisha und wie gestaltete sich dieser? Wie schätzen Sie dessen Haltung in der Frage der Neuwahlen ein?
2. Halten Sie Präsident Berisha nach wie vor für die politisch und demokratisch repräsentative Kraft, die imstande ist, jene von politischem Streit, sozialer und wirtschaftlicher Krise betroffene Gesellschaft zu integrieren?
3. Der politische Auftrag der militärischen Kräfte ist nicht wirklich eindeutig. Eine politische Lösung der Konfliktparteien ist noch nicht wirklich erkennbar. Die Vorlage der Regierung an den Hauptausschuß gab an, die Soldaten dienten zum Schutz der humanitären Hilfslieferungen. Der OSZE-Vorsitzende und dänische Außenminister Petersen meinte, die internationalen Streitkräfte mögen auch die Entwaffnung der albanischen Bevölkerung herbeiführen. Darüber hinaus wurden immer wieder Stimmen laut, die die Stärkung der albanischen Ordnungskräfte als wichtigste Aufgabe der Interventionskräfte vorschlugen. Welches Ziel oder welche Ziele sehen Sie Herr Außenminister hinter dem Militäreinsatz?

4. Die UN-Sicherheitsratsresolution, die die Basis für den jetzigen Einsatz bildet, beinhaltet ein Kapitel VII-Mandat, das "Zwangs- und Gewaltmaßnahmen" für die "Sicherheit- und Bewegungsfreiheit der Schutztruppe" vorsieht. Ein ganz ähnliches Mandat hatte die UN-Truppe in Somalia. Auch dort war das politische Ziel und der militärische Auftrag nicht eindeutig. Das Ende der Mission ist bekannt. Sehen Sie nicht bei weitem größere Dringlichkeit politisch-diplomatische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Maßnahmen mittels Zivilexpertinnen und -experten zu ergreifen als die Beteiligung Österreichs am internationalen Militäreinsatz 'Alba'?
5. Welche Maßnahmen sind nun zur Unterstützung und Vorbereitung der Neuwahlen von österreichischer Seite vorgesehen? Wieviele Experten wird Österreich der OSZE dafür zur Verfügung stellen?
6. Wie sehen Sie die Kritik eines führenden außenpolitischen Journalisten in "Die Presse" am Albanien-Einsatz, der diesen wörtlich als "Kanonenbootpolitik" bezeichnet hat?
7. Die beim österreichischen Albanien-Einsatz auflaufenden Kosten werden den österreichischen Staatshaushalt 1997 mit zusätzlich bis zu 100 Millionen Schilling belasten. Hat es keine andere Finanzierungsmöglichkeit - beispielsweise wie bei anderen Auslandseinsätzen des Bundesheeres aus den laufenden Verteidigungs- oder Außenamtsbudget - als diese Budgetüberschreitung gegeben, ?